

Spanischer Wiederaufbau

Die Regierung erhöht den Forschungsetat massiv.

Die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez hat im Oktober angekündigt, die Forschungsausgaben zu steigern. Die Verhandlungen mit regionalen und bürgerlichen Kleinparteien brachte Ende November eine parlamentarische Mehrheit für den Haushaltsentwurf, sodass Spanien für 2021 erstmals nach drei Jahren wieder über ein reguläres Staatsbudget verfügt. Damit könnten die Universitäten und Forschungseinrichtungen endlich die dringend benötigten Finanzmittel erhalten.

Die Finanzkrise vor zehn Jahren hat Spanien stark getroffen, worauf ein harter Sparkurs der konservativen Vorgängerregierung folgte. Zwischen 2010 und 2014 gingen über 27 000

Stellen in Forschung und Entwicklung verloren, was etwa einem Fünftel aller Beschäftigten entspricht. Viele Nachwuchskräfte wechselten ins Ausland, das Durchschnittsalter auf Dauerstellen stieg auf deutlich über 50 Jahre. Der Forschungsetat sank von 2,6 Milliarden Euro 2009 bis 2013 um fast die Hälfte und hat sich seitdem nicht mehr erholt. Forschungsorganisationen wie der Nationale Forschungsrat sind beinahe zahlungsunfähig.¹⁾

Weder Grundlagenforschung noch Technologietransferprozesse haben ausreichend Unterstützung gefunden. Bürokratische Hürden verhinderten, dass bewilligte Gelder ausgezahlt wurden. Nach mehreren Regierungskrisen mit wiederholten Neuwahlen und der nun durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise will die Regierung mit massiven Investitionen in Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur gegensteuern. Der

Etat von Forschungsminister Pedro Duque, einem ehemaligen ESA-Astronauten, soll um 60 Prozent auf 3,2 Milliarden Euro steigen. Dabei stammt fast ein Drittel aus dem europäischen Corona-Wiederaufbauprogramm. Die Staatliche Forschungsagentur²⁾ erhält mit 825 Millionen Euro 29 Prozent mehr als zuvor, bleibt aber deutlich unter dem Niveau von 2007.

Für dieses Finanzierungsmodell war es wichtig, die Blockade des EU-Budgets durch Ungarn und Polen aufzuheben. Unabhängig von EU-Zuweisungen will Minister Duque die öffentlichen Forschungsausgaben des Landes bis 2030 auf 1,25 Prozent des Bruttonationalprodukts steigern. Zusammen mit privaten Investitionen könnte Spanien so das EU-weite Ziel erreichen, drei Prozent des Bruttonationalprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben.

Matthias Delbrück

1) Consejo Superior de Investigaciones Científicas, CSIC : www.csic.es/en

2) Agencia Estatal de Investigación, AEI

Doch ein Ende ohne Schrecken

Der EU-Haushalt ab 2021 steht fest: Forschung und Wissenschaft erhalten mehr Geld als im Sommer erwartet.

Nachdem Polen und Ungarn die Verabschiedung des EU-Haushalts für die Jahre 2021 bis 2027 durch ihr Veto wochenlang verhindert hatten, konnte beim letzten Treffen des Europäischen Rates Mitte Dezember eine Einigung erzielt werden. Zwar bleiben europäische Fördergelder an rechtsstaatliches Verhalten gekoppelt; die Mitgliedsstaaten können aber beim Europäischen Gerichtshof klagen.

Das Veto Polens und Ungarns drohte auch, das nächste Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe auszubremsen. Das Europäische Parlament hatte sich gegen die massiven Kürzungen durch die Mitgliedsstaaten im Sommer gesträubt und in hartnäckigen Verhandlungen im Herbst erreicht, dass 95,5 Milliarden Euro

zur Verfügung stehen.¹⁾ Allerdings war unklar, wie das Geld verteilt würde. Den Unterhändlern des Parlaments war es wichtig, dass vor allem Grundlagenforschung, Ausbildung und Forschungsinfrastrukturen von der Aufstockung profitieren. Entsprechend erhält der European Research Council (ERC) nun doch 16 Milliarden Euro. Basierend auf den Aussagen des ERC Scientific Council vom 7. Dezember wird dieses Geld wohl nicht ausreichen, um zukünftig alle exzellenten Anträge zu finanzieren.²⁾ Unter dem Mantel von Horizon Europe gilt es aber, weitere Programme zu finanzieren. Dazu gehören die Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen, die nun über 6,4 Milliarden Euro verfügen können. Den Aufbau neuer Forschungsinfrastrukturen wird Horizon Europe mit 2,4 Milliarden Euro unterstützen. Christian Ehler,

einer der Chefunterhändler, zeigte sich überzeugt, dass damit ein ausgewogenes Budget für Grundlagen- und angewandte Forschung vorliegt.

Ein großer Gewinner im nun beschlossenen Haushalt ist das Austauschprogramm Erasmus+, das mit 26 Milliarden Euro über fast doppelt soviel Geld verfügt wie in den letzten sieben Jahren. Diese Mittel sollen das bewährte studentische Austauschprogramm um mehrere Komponenten erweitern. Künftig soll es auch für Personen offenstehen, die älter als 30 Jahre und in einer berufsbegleitenden Ausbildung sind. Menschen mit Beeinträchtigung, aus abgelegenen Regionen oder armen Verhältnissen soll eine zusätzliche Förderung den Zugang zu Erasmus+ erleichtern. Ein Bonus ist auch vorgesehen, um nachhaltiges Reisen zu ermöglichen.

Kerstin Sonnabend

1) Physik Journal, November 2020, S. 15

2) vgl. bit.ly/3npMwgz